



INNERES & JUSTIZ

Ist doch klar: Alle Menschen wollen in Sicherheit leben. Wenn aber Hamburgs Polizei martialisch aufgerüstet in Demos reingrätscht, ist das völlig unverhältnismäßig. Wenn Straftaten von Beamt:innen im Schutz der Anonymität nicht geahndet werden können, ist das untragbar. Wenn der Verfassungsschutz ungebremst weiter rumstümpern kann, wird unsere Stadt ganz bestimmt nicht sicherer. Und wenn Hamburgs Justiz Armut kriminalisiert und die Gefangenen in den Knästen im Stich lässt, geht uns das gegen den Strich. Für die Linksfraktion ist klar: Es geht um die Grund- und Menschenrechte: Wir dürfen Hamburgs Sicherheit nicht den Hilfs-Sheriffs von SPD und Grünen überlassen!

Wir sind DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Seit 2008 kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Grundrechte: Ein gutes Leben für Alle!

Wenn ihr mehr wissen wollt, folgt uns auf Social Media oder abonniert unseren Newsletter. Dies ist einer von 12 Flyern, mit denen wir über unsere Arbeit und unsere Ziele informieren.



All die Skandale, all die Enthüllungen: Der Verfassungsschutz braucht keine Privilegien - wir müssen ihn abschaffen!"

Deniz Celik,
Sprecher für Inneres

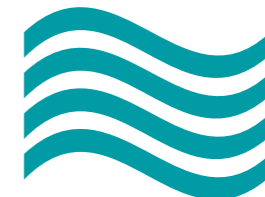
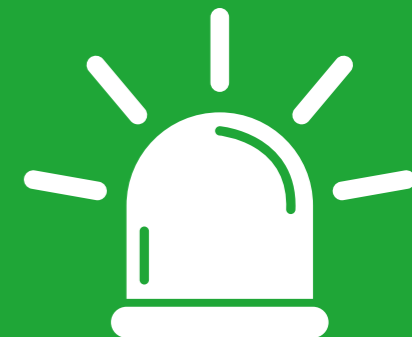


Auch Gefangene haben Rechte. Doch die werden systematisch verletzt - das muss aufhören!"

Cansu Özdemir,
Sprecherin für Justiz

Darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. | Vi.S.d.P.: Margret Geitner
Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg | www.linksfraktion-hamburg.de

INNERES & JUSTIZ



DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

GLEICHES RECHT FÜR ALLE UND EINE DEMOKRATISCHE POLIZEI

Es gibt ja Leute, denen sitzt G20 heute noch in den Knochen: Hamburgs Polizei außer Rand und Band. Unsere Abgeordneten waren damals dabei: auf den Straßen, als parlamentarische Beobachter:innen. Und ein paar Sachen haben wir nicht vergessen. Etwa die: Wenn wir Polizei und Sicherheitsbehörden nicht streng kontrollieren, geraten unsere Rechte unter die Räder.

Hamburgs rot-grüner Senat betreibt eine bornierte Law-and-Order-Politik, mit ziemlich grenzenlosen Befugnissen für die Sicherheitsbehörden. Und wenn's schief geht, halten Politik und Polizei zusammen: Aufklärung, Selbstkritik und Fehlerkultur – alles Fehlzeige. Woher wir das wissen? Weil wir immer wieder beim Senat nachfragen. Wir fragen nach der Verurteilungsquote der Körperverletzung im Amt – die liegt übrigens unter einem Prozent. Wir fragen nach Racial Profiling bei Kontrollen, nach strukturellem Rassismus bei Beamt:innen. Wir wollen eine moderne, bürgernahe, transparente, demokratische und grundrechtsfreundliche Polizei. Wir nehmen die parlamentarische Kontrolle der Sicherheitsbehörden sehr ernst. Und wir

ringen um eine Justiz, die ganz nah dran ist an den Grund- und Menschenrechten – alle Hamburger:innen müssen Zugang zum Recht haben und wir wollen gleiches Recht für alle.

Nach dem Mord des rechtsterroristischen NSU an dem Altonaer Süleyman Taşköprü sind viele Fragen offen: Wir haben das Totalversagen der Hamburger Ermittler in die Medien und in die Bürgerschaft gebracht und bestehen auf einem Untersuchungsausschuss. Und wir haben die überlange Verfahrensdauer an den Hamburger Gerichten zum Thema gemacht. Sicherheit bedeutet aber auch: Wer 112 ruft, braucht schnelle Hilfe. In Hamburg kann das schiefgehen: Feuerwehr und Rettungsdienst wurden kaputtgespart. Wir wollen eine bessere Infrastruktur und mehr Personal.

SPD und Grüne haben unsere Stadt nicht sicherer gemacht. Sondern einfach nur unfairer, ungerechter, unsozialer. Sieht unser Hamburg anders aus? Mit Sicherheit! Der Linksfraktion geht's um eine demokratische Polizei und einen liberalen Rechtsstaat.

DAHER FORDERN WIR:

- Um die demokratische Kontrolle der Polizei sicherzustellen, wollen wir eine unabhängige Beschwerdestelle mit Ermittlungsbefugnissen.
- Der Verfassungsschutz hat als Inlandsgeheimdienst in einem demokratisch verfassten Staat keinen Platz. Wir wollen ihn abschaffen.
- Für Hamburgs Polizei muss eine wirklich umfassende Kennzeichnungspflicht gelten. Zwar hat die Stadt – auch auf unser hartnäckiges Drängen hin – eine solche Pflicht eingeführt. Die ist aber voller Lücken und reicht vorne bis hinten nicht.
- Das ewige Hickhack bei den Demos muss aufhören: Das Vermummungsverbot gehört abgeschafft, wir wollen eine versammlungsfreundlichere Polizei.
- Rassistisch geprägte Ermittlungen und zwei blinde Augen beim Blick nach rechts: Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss muss den NSU-Mord an Süleyman Taşköprü aufklären.
- Hamburgs Gerichte müssen personell gestärkt werden – die Arbeitsbelastung der Beschäftigten ist unerträglich und führt zu überdurchschnittlich langen Verfahrensdauern.
- Bagatelldelikte müssen entkriminalisiert werden: In Hamburg wird Armut bestraft – etwa beim Fahren ohne Fahrerlaubnis oder beim Diebstahl geringwertiger Sachen.
- Ersatzfreiheitsstrafen sind zutiefst ungerecht, weil sie eine Folge von Armut sind. Sie gehören abgeschafft.
- Gefangene in den Haftanstalten müssen in die Renten- und Sozialversicherung mit einbezogen werden – ihnen steht auch der Mindestlohn zu.
- Für uns ist klar: Der Schwerpunkt im Strafvollzug muss auf der Resozialisierung liegen: Auch deswegen muss die psychologische Versorgung in den Gefängnissen deutlich verbessert werden.